



Republik Österreich  
DER BUNDESKANZLER

II-1324 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

A 1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 66 15/0

Zl. 353.110/40-III/4/84

17. April 1984

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Anton BENYA

539 IAB  
1984 -04- 19  
zu 511 J

Parlament  
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Ermacora, Dr. Khol, Dr. Keimel, Dr. Leitner, Pischl, Huber, Dr. Steiner, Keller, Westreicher, Dr. Lanner und Genossen haben am 23. Feber 1984 unter der Nr. 511/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Tiroler Anliegen an die österreichische Bundesregierung gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"1. Wurden die Tiroler Memoranden und Eingaben von 1971, 1976, 1978 und 1979 einer formellen Behandlung durch die Bundesregierung zugeführt?

2. Welche in den Memoranden im einzelnen angeführten konkreten Wünsche wie der Ausbau

- a) des Nahverkehrsnetzes der ÖBB im Unterinntal und die Elektrifizierung der Pustertalstrecke,
- b) im Bereich der Wildbach- und Lawinverbauung,
- c) im Bereich der Sicherung der Zufahrtsstraßen für Schul- und Berufsbildung gegen Lawinen und Muren in den verschiedenen Tälern, die in den Tiroler Memoranden genannt sind,
- d) auf dem Gebiete des Schutzwasserbaus,
- e) im Bereiche des landwirtschaftlichen Wasserbaus,
- f) im Bereiche des Straßenbaus; des Baus des Teilabschnittes der Autobahn im Inntal zwischen Roppen und Imst und die Straßenstrecke Landeck West nach Pians,

konnten bisher nicht erfüllt werden und was waren die Gründe dafür?

3. Wird im Bereiche des Kasernenbaus endlich die Heizanlage der Speckbacherkaserne in Hall in Tirol, die derzeit noch immer mit "Kanonenöfen" betrieben wird, durch eine Zentralheizung ersetzt?

- 2 -

4. Welchen Baufortschritt wird es im Bereiche des Bauvorhabens der Landweh-  
kaserne in Innsbruck Kranebitten geben?
5. Welcher räumliche Ausbau ist für die rechtswissenschaftliche Fakultät der  
Universität Innsbruck geplant?
6. Was werden Sie unternehmen, damit die Südtirolpolitik, wie bisher, im Ein-  
vernehmen mit allen im Parlament vertretenen politischen Parteien und dem  
Lande Tirol weitergeführt wird?
7. Wann kann mit einer Regierungsvorlage gerechnet werden, die eine weitere  
Erfüllung des Länderforderungsprogrammes, und zwar vor allem

eine länderfreundlichere Ordnung des Finanzausgleiches und  
die Zuerkennung an die Länder, völkerrechtliche Verträge im  
Rahmen ihrer Wirkungsbereiche abzuschließen,

zum Ziel hat?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten.

Zu Frage 1:

Die der Bundesregierung übermittelten Tiroler Memoranden und Eingaben wurden  
jeweils den Mitgliedern der Bundesregierung zur Kenntnis gebracht.

In einem Schreiben vom 5. Jänner 1978 betreffend das "Tiroler Anliegen zum  
Investitionsprogramm der Österreichischen Bundesregierung" führte Landeshaupt-  
mann Wallnöfer aus:

"Die in diesem Papier genannten Vorhaben sind Projekte, die man mit den norma-  
len Mitteln nicht oder erst nach Jahren oder Jahrzehnten bewältigen könnte".

Es war dem Herrn Landeshauptmann von Tirol bewußt, daß die Forderungen nicht  
innerhalb eines kurzen Zeitraumes zu verwirklichen sind.

Die "Tiroler Anliegen" waren jedoch immer Gegenstand eingehender Prüfung. So-  
weit sie in Angriff genommen oder vorangetrieben werden konnten, wurde dies  
auch dem Landeshauptmann von Tirol mitgeteilt.

- 3 -

Zu Frage 2:

- a) Die Frage eines Nahverkehrsausbaus im Unterinntal ist seit Jahren Gegenstand von Kontakten zwischen dem Land Tirol und den ÖBB. Seitens der ÖBB besteht die grundsätzliche Bereitschaft, diese Strecke nach den für Nahverkehrsvorhaben bestehenden Grundsätzen - über Antrag und mit entsprechender Kostenbeteiligung des Landes - auszubauen.

Hinzuweisen ist darauf, daß die Bahnlinie im Unterinntal heute schon einen sehr starken Verkehr aufweist, sodaß Gleiszulegungen notwendig sind und mit beträchtlichen Investitionskosten gerechnet werden muß. Weiters wird die zusätzliche verkehrsmäßige Belastung dieses Bereiches zu berücksichtigen sein.

In diesem Zusammenhang sei schließlich daran erinnert, daß Tirol als erstes Bundesland die für die Errichtung eines schienengebundenen Nahverkehrs zweckgebundenen Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer in Anspruch nahm. Über Wunsch und mit Kostenbeiträgen des Landes wurde bereits der Abschnitt Innsbruck - Telfs-Pfaffenhofen fertiggestellt (Nahverkehrsbetrieb seit 1978) und befindet sich als weiterführendes Vorhaben die Strecke bis Ötztal in Ausbau (Fertigstellung bis 1987).

Die Elektrifizierung des österreichischen Abschnitts der Pustertalstrecke ist im Zusammenhang mit einer Umstellung des auf italienischem Gebiet liegenden Teils der Pustertalbahn auf Elektrobetrieb zu sehen. Konkrete Absichtserklärungen der italienischen Seite liegen erst seit relativ kurzer Zeit vor.

Im Jänner und März des heurigen Jahres fanden Gespräche zwischen den beiden Bahnverwaltungen FS und ÖBB statt. Dabei teilten die FS mit, daß sie die Pustertalstrecke bis Ende 1987 nicht nur elektrifizieren, sondern auch auf den Standard für den Schwergüterverkehr ausbauen werden. Das Vorhaben könne finanziert werden.

Angesichts dessen ergibt sich für die ÖBB sowohl die Notwendigkeit als auch die Bereitschaft, ihre Planungen auf diesen Zeitraum abzustellen. Österreichischerseits handelt es sich dabei um ein Projekt in der finanziellen Größenordnung von 1,1 Mrd. S.

- 4 -

Der Bundesminister für Verkehr ist auch in diesen Fragen in ständigem Kontakt mit Vertretern der Talschaft Pustertal.

- b) Die Absicherung der Bundesstraßen B + S in Tirol gegen Lawinen und Muren erfolgte in den letzten Jahren zum Teil durch Verbauungsmaßnahmen im Gelände, welche durch die Wildbach- und Lawinenverbauung durchgeführt werden. Die Finanzierung dieser Verbauungsmaßnahmen wird nach den Bestimmungen des Wasserbautenförderungsgesetzes durchgeführt und vom Bund, dem Bundesland Tirol und dem jeweiligen Interessenten finanziert. Die Bundesstraßenverwaltung hat hier als Interessent in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel oftmals bis zu 50 % der Baukosten beigesteuert.

Dort, wo eine offene Verbauung nicht möglich oder zu aufwendig ist, wurden bzw. werden bedeutende Galeriebauwerke errichtet und sogar teilweise Verlegungen der Bundesstraßen aus den gefährdeten Strecken durchgeführt.

Hier werden die Kosten zu 100 % von der Bundesstraßenverwaltung getragen. Als wesentliche Maßnahmen aus den letzten Jahren sind hier anzuführen:

Straße	Kostenaufwand	Vorhaben
B 181 Achensee Straße	S 12,0 Mio	Breitwandgalerie
B 186 Ötztal Straße	S 30,0 Mio S 45,0 Mio	Klammgalerie, Leckgalerie und Hohe Leitlehnergalerie
B 188 Silvretta Straße	S 65,0 Mio S 24,0 Mio S 49,0 Mio	Galerie Gfäll Lawinengalerie Lahnerin Graf-Bären- und Pleistalgalerie
B 197 Arlberg Straße	S 20,0 Mio S 22,0 Mio	Baggentobelgalerie Maienwassen- und Jungbrunntobelgalerie
B 199 Lechtal Straße	S 28,0 Mio S 30,5 Mio S 41,1 Mio	Umfahrung Pimiglawine Kranker Schrofen Kranker Schrofen-Landesgrenze 1. Bauabschnitt
B 315 Reschen Ersatzstraße	S 38,0 Mio	Lawinensicherung Hochfinstermünz

- 5 -

Besonders aus dieser Aufstellung ist ersichtlich, daß erhebliche Anstrengungen unternommen wurden, um die Hochgebirgsstraßen in Tirol gegen Lawinen und Muren abzusichern.

Es muß jedoch in diesem Zusammenhang darauf verwiesen werden, daß eine 100 %-ige Absicherung der Verkehrswege mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand im Hochgebirge gegen alle Auswirkungen extremer Niederschlagsereignisse nicht möglich ist und auch im Hinblick auf den Natur- und Landschaftsschutz nicht angestrebt werden sollte.

Im Teilabschnitt ASt. "Telfs/West" bis Mötztal ist die A 12 im Auftrage der Brenner Autobahn AG. bereits im Bau. Die Inbetriebnahme dieses Teilabschnittes ist für Mitte 1985 vorgesehen. Von Mötztal bis zur ASt. "Ötztal" sind die Detailplanungen nahezu abgeschlossen. Zwischen der ASt. "Ötztal" und dem Ende der Gesellschaftsstrecke bei Roppen ist die Detailplanung noch im Gange.

Mit einer Verkehrsfreigabe des Abschnittes Mötztal-Ötztal (Roppen) kann im Sommer 1986 gerechnet werden.

Der Grund, weshalb im Teilabschnitt Roppen-Imst der A 12 Inntal Autobahn die Planungen noch nicht abgeschlossen und mit Baumaßnahmen noch nicht begonnen werden konnte, war ein vehementer Einspruch der Gemeinde Roppen im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 4 BStG. 1971 gegen die ursprünglich geplante Trassenführung der A 12 im Gemeindegebiet von Roppen. Nachdem mehrere Varianten untersucht wurden, ist nunmehr Ende des vergangenen Jahres das generelle Projekt einer Tunnelvariante im Einvernehmen mit der Gemeinde erstellt und für die weitere Detailplanung bzw. Realisierung freigegeben worden.

Im Abschnitt ASt. "Imst" bis zur Halbanschlußstelle "Mils" wird derzeit die südliche Richtungsfahrbahn der A 12 Inntal Autobahn errichtet. Die zweite, nördliche Richtungsfahrbahn wird im Zusammenhang mit dem Bau des Milser Tunnels realisiert werden. Es ist vorgesehen, die südliche Richtungsfahrbahn noch im Jahre 1985 dem Verkehr zu übergeben.

Im Teilabschnitt Mils-Schönwies sind die straßenbaulichen Detailplanungen abgeschlossen. Das Detailprojekt für den Milser Tunnel ist in Ausarbeitung.

- 6 -

Auch hier ist u.a. die Forderung der Gemeinde Mils nach einer Tunnelvariante maßgebend für die nicht rechtzeitige Erfüllung der Ausbauwünsche.

Im nahezu fertiggestellten Abschnitt Schönwies-Zams ist nach Abschluß der Bauarbeiten für ein Tragwerk der Innbrücke "Hohe Wand" mit einer Verkehrsfreigabe einer Richtungsfahrbahn noch im Jahre 1984 zu rechnen.

Für die Teilstrecke Landeck West-Pians der S 16, Arlberg Straße liegt ein genehmigtes Detailprojekt für den Vollausbau vor. Zuzufolge der beengten finanziellen Situation im Jahresbauprogramm für das Land Tirol, kann ein Termin für die Bauinangriffnahme dieses Bauloses derzeit nicht angegeben werden.

Im Zusammenhang mit dieser Frage möchte ich noch folgendes erwähnen. Im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung läuft über die Wünsche der Tiroler Memoranden hinaus seit dem Jahre 1983 das "Sonderprogramm Osttirol", welches im Jahre 1984 mit 6,540 Mio.S an Bundesmitteln dotiert wird.

Um die Lawinenschäden vom Feber 1984 möglichst rasch zu beheben und die Einleitung systematischer Lawinenverbauungen zu ermöglichen, werden für den Bereich der Gemeinden Ischgl und Galtür im Paznauntal zusätzliche Bundesmittel in Höhe von 7 Mio.S bereitgestellt.

### Zu Frage 3:

Es erscheint zweckmäßig, gleichzeitig mit der Errichtung einer zentralen Heizanlage in der Speckbacher-Kaserne eine Generalsanierung der bestehenden Objekte durchzuführen. Diese Baumaßnahmen wurden zwar in das Bauvorbereitungsprogramm für das Jahr 1984 aufgenommen, zuzufolge der derzeit im Bundesland Tirol in Baudurchführung befindlichen Großvorhaben, wie dem Ausbau des Lagers Wattener Lizum am TÜLP. Wattener Lizum, der Errichtung der Landwehr-Kaserne in Innsbruck-Kranebitten und dem Ausbau der Hasppinger-Kaserne in Lienz, konnten jedoch für die Durchführung der Sanierung der Speckbacher-Kaserne in Hall bisher noch keine Budgetmittel bereitgestellt werden.

- 7 -

Zu Frage 4:

Die Bauarbeiten werden planmäßig abgewickelt. Die Fertigstellung der gesamten Kasernenanlage ist mit Beginn des Jahres 1986 terminisiert.

Zu Frage 5:

Die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck wird im wesentlichen im Universitäts-Hauptgebäude untergebracht. Die Adaptierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sind im Gange. Wegen der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Lehr- und Forschungsbetriebes erfolgt die Bauführung abschnittsweise.

Zu Frage 6:

In der Regierungserklärung vom Vorjahr habe ich zu Südtirol gesagt, daß die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Vertretern Südtirols auf eine möglichst rasche und inhaltlich zufriedenstellende Lösung der noch offenen Probleme hinarbeiten wird. Am 30. Jänner d.J. hat auf Einladung des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten in Wien eine Südtirol-Besprechung stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit hatte ich mit den beiden Herren Landeshauptmännern Wallnöfer und Magnago ein ausführliches Gespräch über die weitere Vorgangsweise. Nach dem offiziellen Besuch von Herrn Ministerpräsident Craxi in Österreich Mitte Feber d.J. hat nunmehr der italienische Ministerrat am 2. März entsprechend der in Wien gegebenen italienischen Zusage die Durchführungsbestimmung über die Errichtung einer Autonomen Sektion Bozen des Regionalen Verwaltungsgerichtshofes in Trient verabschiedet.

Das Einvernehmen der im Parlament vertretenen Parteien über die österreichische Haltung zur Südtirol-Frage ist sowohl bei der außenpolitischen Debatte am 13. Dezember 1983 als auch bei der erwähnten Südtirol-Besprechung, an der Vertreter aller drei Parteien teilgenommen haben, zum Ausdruck gekommen. Die Bundesregierung wird auch in den kommenden Jahren auf diese Weise vorgehen und damit die Kontinuität in dieser wichtigen außenpolitischen Frage wahren.

- 8 -

Zu Frage 7:

Derzeit sind intensive Bemühungen im Gange, um über eine Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz, mit der eine Teilverwirklichung des Forderungsprogrammes der Bundesländer 1976 erreicht werden soll, einen Konsens herbeizuführen. Bei günstigem Verlauf der noch erforderlichen Gespräche ist es nicht ausgeschlossen, daß eine entsprechende Regierungsvorlage noch vor der parlamentarischen Sommerpause im Nationalrat eingebracht werden kann. Ich hoffe aber jedenfalls, daß eine entsprechende Regierungsvorlage im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden kann.

In dieser Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz wird allerdings die Frage des Finanzausgleiches und die der Zuerkennung der Kompetenz an die Länder, völkerrechtliche Verträge im Rahmen ihres Wirkungsbereiches mit Nachbarstaaten abzuschließen, nicht geregelt werden. Die von den Anfragestellten angesprochene "länderfreundlichere Ordnung des Finanzausgleiches" ist auch keine Frage, die durch eine Novellierung des Bundes-Verfassungsgesetzes zu regeln wäre. Wie weit in den Verhandlungen über den Finanzausgleich eine einvernehmliche Regelung erzielt werden kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht vorauszusehen.

Die von den Ländern geforderte teilweise Völkerrechtssubjektivität ist bisher noch nicht Gegenstand eingehenderer Verhandlungen zwischen Bund und Ländern gewesen. Es kann daher in keiner Weise gesagt werden, wann diese Frage Gegenstand einer Regierungsvorlage sein könnte.

